	rwort	
1.	Teil: Einführung	1
2. '	Teil: Bestandsaufnahme	7
1.	Kapitel: Staat	8
Α.	Begriff	. 8
	Entwicklungsgeschichte	
	Modernes Staatsverständnis.	
	I. Drei-Elemente-Lehre.	
	1. Staatsgebiet	26
	Staatsvolk     Staatsgewalt	
	II. Bedeutung der Verfassung	
	Ausgangspunkt: Drei-Elemente-Lehre	
	2. Normativer Verfassungsbegnff	41
	3. Verhältnis Staat - Verfassung	
	4. Funktionen der Verfassung	
	III. Staatsidee	
	2. Idee des modernen Staates.	
	Die Staatsidec der Bundesrepublik Deutschland.	
2.	Kapitel: Souveränität	.57
A.	Begriff	.57
	Entwicklungsgeschichte	
	I. Die Zeit vor Bodin	
	1. Deutsches Mittelalter.	
	2. Entstehung der Territorialgewalten; Reichsreform	
	3. Religionsstreit	.72

II. Bodin.	73
III. Rezeption in Deutschland	80
Die deutsche Reichspublizistik	
2. Westfälischer Friede	
3. Auf dem Weg zum Untergang des Reiches.	. 90
IV. Staatssouveränität.	96
V. Herausbildung des Nationalstaates	.101
I. Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts	.103
<ol> <li>Hans Kelsen: Souveränität des Staates als Rechtsordnung</li> <li>Carl Schmitt: Souveränität vom Ausnahmezustand</li> </ol>	
her gedacht  3. Hermann Heller: Souveränität der organisierten	
Entscheidungs-und Wirkungseinheit.	
4. Zusammenfassung	
II. Nationalsozialismus	.117
III. Zusammenfassung	.119
C. Heutiges Souveränitätsverständnis.	.123
I. Differenzierungen	.123
II. Innere Souveränität im Rechtssinne.	.125
1. Anknüpfung an den Ausnahmezustand	.125
2. Übernahme der Vorstellung von der Staatssouveränität.	.129
a) Herbert Krüger: Souveränität als "Zu-Höchst-Sein"	
der Staatsgewalt.	
b) Das Bundesverfassungsgericht	
3. Begriffsmerkmale der Souveränität	
a) Eigenschaft der Staatsgewalt	
b) Rechtliche Gebundenheit der Souveränität	
aa) Demokratie als Staatsform	
bb) Souveränität als Volkssouveränität.	
cc) Verfassungsrechtliche Konturierung	
c) Zuhöchstsein der Staatsgewalt (Suprematie)	
d) Einseitigkeit der Staatsgewalt	
e) Einzigkeit der Staatsgewalt	
f) Einheitlichkeit der Staatsgewalt	.146
g) Kernbefugnis: Rechtsetzungs-	
und Rechtsdurchsetzungsbefugnis.	.147
3. Kapitel: Legitimität und Legitimation.	
A. Begrifflichkeiten	.149
I. Zusammenhang zwischen Legitimität und Legitimation.	.150
II. Vielschichtigkeit des Begriffs der Legitimität	.151
1. Politikwissenschaftlicher Legitimitätsbegriff	151

Inhaltsverzeichnis	XIII
2. Soziologischer Legitimitätsbegriff.	.153
a) Max Weber: drei Typen legitimer Herrschaft	.154
b) Niklas Luhmann: Legitimation durch Verfahren	.156
III. Legitimität als Rechtsbegriff.	.159
IV. Legitimität und Legalität	.166
V. Legitimität und Akzeptanz	170
1. Ausgangspunkt: soziologisches Legitimitätsverständnis	
2. Streit um Relevanz der Akzeptanz	171
3. Keine demokratische Legitimität ohne Anerkennung	
der Herrschaftsausübung	
4. Akzeptanz als Erfordernis des Repräsentativsystems	
5. Konkretisierungen der Akzeptanz	
a) Akzeptanz im Verwaltungsverfahrensrecht.	
b) Neues Steuerungsmodell. c) Kooperationsprinzip im Umweltrecht.	
6. Zusammenfassung: Akzeptanz als Rückkoppelung	.176
der Legitimität zu den Herrschaftsunterworfeilen.	179
-	
B. Entwicklungsgeschichte	
I. Deutsches Mittelalter	
1. Römischer Ursprung	
2. Legitimität weltlicher Herrschaft im deutschen Mittelalter	
a) Beispiele staatsphilosophischer Betrachtungen.     aa) Thomas von Aquin (1224/25-1274).	
bb)Wilhelm von Ockham (ca. 1290-1349).	
cc) Marsilius von Padua (ca. 1275-1342).	
b) Beispiele staatsrechtlicher Verwendung.	
aa) Translatio imperii.	
bb) Sachsenspiegel	
c) Zusammenfassung und Ausblick	
II. Herausbildung des modernen Staates	195
1. Der Übergang in die Neuzeit	
2. Staatsphilosophische Betrachtung:	
Sicherheit als legitimierender Herrschaftszweck.	199
a) Jean Bodin	
b) Thomas Hobbes	
	204
3. Der Übergang zur Territorialstaatlichkeit:	201
Rechtfertigung neu entstehender Herrschaftsgewalt.	
4. Zusammenfassung.	
III. Volkssouveränität als Legitimationsgrund	
IV. Legitimität ab 1815.	
V. Legitimität im Kaiserreich und staatsrechtlicher Positivismus	223
VI. Legitimität 1918-1945.	.225

V.	r٦	. 7
Λ.	L	٧

C. Heutige Legitimitätskonzeption	230
I. Herrschende Legitimitätskonstruktion	
in der Bundesrepublik Deutschland.	230
1. Einführung	230
2. Reduktion auf demokratische input-Legitimation: das Konzept	
Böckenfördes und des Bundesverfassungsgerichts	233
II. Verfassungsdogmatische Verankerung: Art. 20 Abs. 2 GG	235
1. Demokratie als Staatsform.	236
2. Volkssouveränität als Legitimationstitel	
3. Maßgeblichkeit des Volkswillens	
III. Verfassungsmäßige Legalität bedeutet demokratische	
Legitimität.	248
IV. Einzelbestandteile des herrschenden Legitimationskonzepts	254
1. Legitimationsobjekt	254
a) Staatsgewalt	
b) "Alle Staatsgewalt": Möglichkeit eines Bagatellvorbehaltes	259
2. Legitimationssubjekt	265
3. Ununterbrochene Legitimationskette.	276
a) Bauplan für die Ausübung von Staatsgewalt.	276
b) Übertragung auf die Europäische Union	277
c) Rückführbarkeit des Modells auf das Hierarchieprinzip	211
und die klassische Ministerialverwaltung	279
d) Kritik	
4. Legitimationsarten	
a) Personelle demokratische Legitimation	
b) Sachlich-inhaltliche demokratische Legitimation	295
c) Institutionelle und funktionelle demokratische	
Legitimation	299
5. Legitimationsniveau.	
4. Kapitel: Auflösungserscheinungen	310
A. Warrahamania	210
A. Vorgehensweise.	310
B. Staat	311
I. Staatsgebiet	311
II. Staatsvolk.	318
1. Europarechtliche Beeinflussung des Staatsvolk-Begriffes	319
2. Herausbildung eines europäischen Volkes	323
3. Innerstaatliche Modifizierung des Staatsvolkes	327
III. Staatsgewalt	329
1. Maßgebliche Einbruchsstellen: Entscheidung und Wille.	330
2. Maßgebliche Einbruchsursache: Übertragung	
von Hoheitsrechten	
3. Funktionsverluste der Staatsgewalt	336

	Inhaltsverzeichnis	XV
	a) Horizontale Betrachtung.	
	aa) Gesetzgebung.	
	bb) Verwaltung	
	cc) Rechtsprechung.	
	b) Vertikale Betrachtung	
		.346
	a) Rücknahme von Entscheidungskompetenzen     und deren tatsächlicher Inanspruchnahme	347
	b) Abnahme der Steuerungsfähigkeit der Staatsgewalt?	351
	5. Ergebnis.	355
IV.	Verfassung	
C. Souv	eränität	.361
I.	Zuhöchstsein der Staatsgewalt (Suprematie).	366
	1. Suprematieanspruch	366
	2. Kompetenz-Kompetenz	.368
	a) Tauglichkeit der Figur	368
	b) Überprüfung der Kompetenz-Kompetenz	370
II.	Einseitigkeit der Staatsgewalt.	375
	1. Mehrheitsentscheidungen im Rat	376
	2. "Kooperationsverhältnis" zwischen Bundesverfassungsgericht	
	und Europäischem Gerichtshof.	.378
III.	Einzigkeit der Staatsgewalt	.383
IV.	Einheitlichkeit der Staatsgewalt	385
V.	Kernbefugnis: Rechtsetzungs-	
	und Rechtsdurchsetzungsbefugnis	.386
V.	Ergebnis	388
D. Legit	imation und Legitimität	389
I.	Hinzutreten der supranationalen Herrschaftsgewalt	389
	1. Problem der Übertragung des nationalen Legitimationsmaßstabs	
	auf die supranationale Herrschaftsgewalt	390
	2. Unerfüllte Kriterien der herrschenden deutschen	
	Legitimationskonstruktion	.391
	a) Demokratie als Staatsform.	.391
	b) Staatsvolk als einheitlich gedachtes Legitimationssubjekt	392
	c) Fehlen einer ununterbrochenen Legitimationskette	394
	aa) Entscheidungen supranationaler Organe	394
	bb)Innerstaatliches Problem des Art. 23 Abs. 6 Satz 1 GG.	399
	d) Unzureichende input-Legitimation.	400
	e) Verfassungsmäßige Legalität gleich demokratische Legitimität?	404
	3. Weitere Defizite.	404
	a) Abbau der Gewaltenteilung.	405
	b) Fehlen vorrechtlicher Voraussetzungen.	408
	o, remain voircontinent voidassorbungen.	00

XV	I Inhaltsverzeichnis	
	II. Innerstaatliche Entwicklungen  1. Erfüllung der Legitimationskritierien.  a) Abnehmende input-Legitimation.  b) Unterbrechungen der Legitimationskette.  c) Abbau des Hierarchieprinzips der Verwaltung.  2. Weitere Defizite.  a) Abbau legitimationssichernder Verfahren.  b) Schwinden klarer Verantwortungszurechnungen.  c) Reduktion von Transparenz.	417 418 425 428 431 431 432
	III. Ergebnis.	437
E.	Fazit	439
3.	Teil: Neuorientierungen	.443
/.	Kapitel: Staat und supranationale Herrschaftsordnung.	444
A.	Wandel zum offenen Verfassungsstaat.	444
	I. Kein Ende der Staatlichkeit	445
	<ul><li>II. Veränderung des Staatsbegriffs</li><li>1. Keine Festschreibung des überkommenen Staatsbegriffes</li></ul>	
	durch Art. 79 Abs. 3 GG.	
	2. Normative Anhaltspunkte.	
	a) Satz 1 der Präambel des Grundgesetzes. b) Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG.	
	c) Art. 24 GG	
	d) Art. 25, 26, 59 GG.	
	e) Art. 88 Satz 2 GG	
	3. Ergebnis: Bedürfnis und Möglichkeit der Weiterentwicklung	470
	III. Staat im Mehrebenensystem	472
	1. Begriff des Mehrebenensystems	
	2. Staat als Akteur im Mehrebenensystem	479
	3. Neues Koordinatensystem: Supranationale Herrschaftsordnung und Herrschaftsgewalt	481
B.	Ablösung der Verfassung vom Staat	482
	I. Staat als Voraussetzung von Verfassung.	483
	II. Weiterentwicklung des Verfassungsbegriffes.	485
	1. Neuere Ansätze.	
	a) Thomas Schmitz.	
	b) Wolfram Hertel	
	c) Anne Peters.  2. Normativer Verfassungsbegriff als Ausgangspunkt.	489 490
	Normativer Verfassungsbegriff als Ausgangspunkt.     Funktionen der Verfassung.	
	a) Konstituierung des Gemeinwesens	

Inhaltsverzeichnis	XVII
b) Legitimationsfunktion c) Begrenzungsfunktion d) Ordnung des Politischen e) Abbildung des Grundkonsenses und der Wertordnung f) Normierung von Herrschaftszielen und -aufgaben g) Integrationsfunktion h) Ergebnis  III. Verfassungsverbund im europäischen Mehrebenensystem	497 498 499 500
2. Kapitel: Gemeinsame Souveränität	507
A. Konzept einer gemeinsamen Souveränität	507
I. Funktion der Souveränität  1. Historischer Anknüpfungspunkt  2. Heutige Aufgabe: Rechtliche Koordinierung	509
von Herrschaftsgewalt.  3. Ablösung der Souveränität von der Staatsgewalt.  4. Keine verfassungsrechtlichen Einwände gegen	515
eine gemeinsame Souveränität.  a) Art. 79 Abs. 3 GG. b) Art. 6 Abs. 3 EUV.	517
<ol> <li>II. Begriff der gemeinsamen Souveränität.</li> <li>1. Bezugsobjekt: Herrschaftsgewalt.</li> <li>2. Mehrstufige Aufgabenerfüllung.</li> <li>3. Verantwortungsteilung.</li> <li>4. Bezugssubjekt: Träger der gemeinsamen Souveränität.</li> <li>5. Demokratie als Herrschaftsform.</li> <li>6. Definition.</li> </ol>	529 532 535 539 542
B. Voraussetzungen der gemeinsamen Souveränität	546
2. Koordination durch Kompetenzbestimmungen	
3. Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens und Prinzip der Gemeinschafts- bzw. Unionstreue	551
III. Zuhöchstsein der Herrschaftsgewalt (Suprematie).	.554
IV. Einseitigkeit der Herrschaftsgewalt.	.556
V. Einzigkeit der Herrschaftsgewalt.  1. Bezug zur Funktion des Souveränitätsbegriffes.  2. Einzigkeit als Letztverantwortlichkeit.  3. Maßgeblichkeit der Auswirkungsdimension.	561 561 562 563
<ol> <li>"Kooperationsverhältnis" zwischen Bundesverfassungsgericht und Europäischem Gerichtshof</li> </ol>	565

VI. Einheitlichkeit der Herrschaftsgewalt	
1. Einheit der Rechtsordnung	
2. Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung.	
3. Kohärenz	580
VII. Fazit	586
3. Kapitel: Plurale Legitimation.	. 588
A. Allgemeine Anforderungen an ein neues Legitimationsmodell	. 588
I. Formelle Komponente.	594
II. Materielle Komponente.	597
Dienende Funktion der Legitimationsverfahren	
2. Funktionales Herrschaftsverständnis:	
Demokratie als Herrschaft für das Volk	. 599
3. Zweiter maßgeblicher Rechtfertigungsstrang:	
output-Legitimation	601
4. Kumulatives Vorliegen beider Ableitungsstränge	603
III. Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip.	605
1. Einwand: Art. 79 Abs. 3 GG	
2. Von Art. 79 Abs. 3 GG geschützte legitimatorische Inhalte	
des Demokratieprinzips.	607
3. Charakterisierung des Demokratieprinzips	611
a) Differenzierung zwischen Regeln und Prinzipien.	612
b) Prinzipiencharakter des Demokratieprinzips	
4. Demokratieprinzip als Optimierungsgebot.	618
5. Berücksichtigungsfähigkeit anderer Verfassungsprinzipien	
für Legitimation und Legitimität.	620
IV. Ausrichtung an Herrschaftszwecken und Herrschaftszielen	
Herrschaftszwecke und Herrschaftsziele	624
a) Definition und Abgrenzung	
b) Rechtlicher oder außerrechtlicher Charakter	
2. Grundkonsens	
a) Begriff und Bedeutung	
b) Grundkonsens als Legitimitätsglaube.	
c) Wandel des Grundkonsenses	
d) Grundkonsens als Bewertung von Herrschaftszwecken	
e) Grundkonsens und Akzeptanz	
f) Grundkonsens bezüglich europäischer Herrschaftszwecke .	
3. Herrschaftsziele und Richtigkeit	
a) Begriff der Richtigkeit.	
b) Legitimität und Richtigkeit	
c) Richtigkeit: output-Legitimation d) Operationalisierung durch Verfahren	
e) Insbesondere: Richtigkeit durch Mehrheitsprinzip.	
4. Rolle der Verfassung	
T. None dei verrassung.	054

Inhaltsverzeichnis	XIX
B. Legitimität durch pluralc Legitimation	656
I. Output-Legitimation	659
1. Ergebnisorientierung der Ausübung von Herrschaftsgewalt	661
2. Meßbarkeit der Ergebnisse	670
II. Input-Legitimation.	673
1. Legitimationssubjekt(e)	677
a) Verzicht auf kollektives Legitimationssubjekt.	.678
b) Ausgangspunkt der Pluralität von Legitimationssubjekten:	
das Individuum.	682
2. Legitimationsobjekt.	
a) Anpassung an plurale Legitimationsstruktur	
b) Inhalts- und Funktionswandel der Herrschaftsgewalt	692
c) Ausgangspunkt: Maßnahme und Entscheidung	<u>.</u> 693
d) Berücksichtigung von Inhalt und Zustandekommen	
der Maßnahme	
3. Legitimationsstränge	
a) Personelle Legitimation	
b) Sachlich-inhaltliche Legitimation	
c) Institutionelle und funktioneile Legitimation	
d) Verantwortungszurechnung	.709
III. Legitimitätsniveau: Zusammenführung	
von Output- und input-Legitimation	
1. Bedeutung und Begriff	
2. Zusammentreffen und Bewertung der Legitimationsstränge	
3. Ergänzende Legitimationsfaktoren	.721
Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	
in Thesen	.725
Literaturverzeichnis	749
Personen- und Sachverzeichnis.	.801